

27. / III. 1916.

## Aus der Sozialdemokratie.

**Ein sozialdemokratischer Sonderparteitag.** Das „Hamb. Echo“ hebt unter der Ueberschrift „Aus der Schule geplaudert“ hervor, daß „das Schreckenskind der Separatistengruppe Thalheimer“ im Braunschweiger „Volksfreund“ folgendes Geständnis gemacht hat:

Wir sind für Ablehnung aller Steuern, direkter wie indirekter, aus denen die Kriegsführung gespeist und das im Kriege bestehende Regierungssystem unterhalten wird. Der hier vertretene Standpunkt zur Steuerfrage ist der der Opposition, die sich um die Zeitschrift „Die Internationale“ gruppiert und die sich in den Leitfäden der „Spartakusbriefe“ ihr taktisches und prinzipielles Programm gegeben hat. Eine aus allen Teilen des Reiches besandigte Konferenz dieses entschiedensten Flügels der Opposition, die in den letzten Tagen stattfand, hat sich einstimmig zu diesem Standpunkt in der Steuerfrage bekannt.“

Das „Hamb. Echo“ bemerkt dazu: „Also ein Teil der bisherigen Minderheit, die doch wohl auch in der aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschiedenen „Arbeitsgemeinschaft“ vertreten ist, hat bereits ein eigenes taktisches und prinzipielles Programm und hat ihre Organisation, die bereits eine „aus allen Teilen des Reiches besandigte Konferenz“ veranstaltet hat.“

**Haase bleibt dem Parteiausschuß fern.** Abg. Haase hat dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei, Abg. Ebert, folgendes Schreiben gesandt, das wir in einem Teil unserer Morgenausgabe schon veröffentlicht haben:

„Werter Genosse Ebert! Ich ersuche Sie, von nachstehendem Schreiben dem Parteiausschuß Kenntnis zu geben: Heute nachmittag 3 Uhr habe ich von dem Genossen Ebert durch Rohpoff die Nachricht erhalten, daß morgen im Reichstag der Parteiausschuß zusammentritt, und daß mir anheimgegeben werde, an der Sitzung teilzunehmen. Gestern, als ich in der Vorstandssitzung war, ist mir von der Absicht, den Ausschuß einzuberufen, nichts gesagt worden. Ich wurde in Abwesenheit der erkrankten Genossin Ziegler und gegen den Widerspruch des Genossen Wengels von den Mitgliedern des Vorstandes dazu gedrängt, sofort eine Erklärung über meine fernere Zugehörigkeit zum Parteivorstand abzugeben. Obwohl ich darauf hinwies, daß es im Interesse der Partei läge, wenigstens um einige Tage diese Angelegenheit hinauszuschieben, beharrten die Mitglieder des Parteivorstandes auf sofortiger Entschliebung mit dem Bemerken, daß sie ein Zusammenarbeiten ablehnten. Darauf gab ich die bereits in der Presse veröffentlichte Erklärung ab. Nach diesem Vorgange erscheint mir die Teilnahme an der Sitzung des Parteiausschusses zwecklos. Da eine sehr große Zahl von Parteigenossen mich bereits um Aufklärung darüber ersucht hat, weshalb ich vor der jetzt stattfindenden Sitzung des Ausschusses mein Amt niedergelegt habe, habe ich mich genötigt gesehen, dieses Schreiben auch durch die Presse bekanntzugeben. Berlin, 26. März 1916. Mit Parteigrüß Hugo Haase.“

**Für und wider die Fraktionspaltung.** Der größte Teil der sozialdemokratischen Blätter gibt dem Bedauern über die Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion Ausdruck. Auch die „Dresdner Volksztg.“ bezeichnet das Vorgehen der Minderheit als ein regelrechtes, ein böses Ueberumpelungsmanöver, als einen Verstoß nicht bloß gegen die Disziplin, gegen die Arbeitsgemeinschaft, sondern gegen Treu und Glauben. Das Verhalten sei nicht bloß nicht geeignet, uns dem Ende des blutigen Ringens näher zu bringen, sondern geradezu das Gegenteil zu bewirken, den Krieg ins Unabsehbare zu verlängern.

Eine sozialdemokratische Konferenz für den Bezirk Leipzig, wozu die vier Wahlkreise Oschatz, Leipzig, Leipzig-Land und Borna-Bogau — letztere beide vertreten durch die Sozialdemokraten Geyer und Ryffel — gehören, hat am Sonntag mit 33 gegen 6 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen folgende Entschliebung gefaßt: „Die Vertreter des Bezirks Leipzig halten die Ablehnung des Notetats für eine durch die Grundsätze der Sozialdemokratie wie durch die

gegenwärtige politische Lage unbedingt gebotene Maßnahme und erachten das Vorgehen des Genossen Haase und der mit ihm gehenden 19 Abgeordneten durch die Situation für gerechtfertigt. Sie betrachten die neue sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als die berufene politische Vertretung der Linken der Partei und fordern die Mitglieder der Fraktion, die für die Ablehnung der Kriegskredite sind, ohne im Plenum dagegen gestimmt zu haben, auf sich der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen. Welche Konsequenzen die Partei aus den Vorgängen am 24. März zu ziehen hat, wird der Parteitag zu entscheiden haben, der nach dem Frieden bzw. nach Herstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit stattfinden muß.“

Der sozialdemokratische Reichstagsabg. Fuchs für Straßburg-Land teilt dem „Vorwärts“ mit, daß das in der Erklärung der Genossen Abrecht, Antrid, Simon Gesagte auch auf ihn in allen seinen Teilen zutrifft und er sich dieser Erklärung anschließt, die der Fraktion das Recht zum Ausschluß abspricht.